

Stadtverwaltung Meckenheim
 Fachbereich 50 – Soziales
 z.Hd. Frau Müller
 Siebengebirgsring 4
 53340 Meckenheim

Antrag auf Erteilung einer

- Allgemeinen Wohnberechtigungsbescheinigung**
 Gezielten Wohnberechtigungsbescheinigung für folgende Wohnung

 Ort, Straße, Haus-Nr.

Antragsteller

Name, Vorname		Antragsdatum	
Straße, Haus-Nr.		Geburtsdatum	
Postleitzahl, Wohnort		Telefon	
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> verheiratet seit: _____ <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> Lebensgemeinschaft			
Staatsangehörigkeit	im Bundesgebiet seit	Aufenthaltserlaubnis bis	Anzahl Haushaltsmitglieder

Ich suche eine Wohnung in _____

Zugehörigkeit zu einem besonderen Personenkreis

- Haushalt mit Kindern
 Ältere Menschen
 Haushalt mit Leistungsbezug SGB II (Bürgergeld), SGB XII
 geringverdienende Haushalte

Derzeitige Wohnverhältnisse

- wohnen im elterlichen Haushalt
 Obdachlosen / Notunterkunft / Frauenhaus
 Sammelunterkunft für Asylbewerber/Flüchtlinge
 Stationäre Einrichtung (z.B. Altenheime/Einrichtungen für Suchtkranke)
 öffentlich geförderte Wohnung
 freifinanzierte Wohnung

Gründe für den Wohnungswechsel

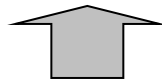
- zu kleine Wohnung
 zu große Wohnung
 zu teuer (Miete / Nebenkosten)
 Umzug in eine andere Stadt
 Lage der Wohnung/schlechtes Wohnumfeld
 Kündigung durch Vermieter / Räumungsurteil
 Auszug wegen Trennung
 barrierefreie/altersgerechte/rollstuhlgerechte Wohnung benötigt
 bauliche Mängel/Schäden der derzeitigen Wohnung
 sonstige Gründe: _____

Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind. Meine Einkommensverhältnisse werden durch beigefügte Einkommenserklärung(en) nachgewiesen

.....
 Unterschrift Antragsteller/in

**Anlage zur Einkommenserklärung – Angaben zum Haushalt –
Mein Haushalt besteht aus folgenden Personen bzw. wird alsbald aus folgenden Personen bestehen:**

Name, Vorname	Geburtsdatum	Status (siehe Hinweis)	Beruf	Eigenes Einkommen ja / nein	Datum der Aufnahme in den Haushalt	Datum Eheschließung	Grad der Behinderung	Pflege- stufe
1.		Antragsteller						
2.								
3.								
4.								
5.								
6.								
7.								
8.								
9.								
10.								



Hinweis: Bitte geben Sie den Status der zum Haushalt zählenden Personen – aus Sicht der Antragstellerin / des Antragstellers – wie folgt an:

1 = Ehegatte 2 = Kind 3 = Enkelkind 4 = Pflegekind 5 = Elternteil 6 = Lebenspartner(in) 7 = sonstige Familienangehörige 8 = sonstige nicht familienangehörige Person

Ich bestätige ausdrücklich, dass die unter Nummer(n) _____ angegebene(n) Person(en) keine eigenen Einkünfte in den vergangenen 12 Monaten hatte(n), noch in den 12 Monaten ab dem Stichtag haben wird / werden. Für die weitere(n) Person(en) ist / sind die notwendigen Einkommenserklärung(en) beigelegt.

Es wird die Geburt eines Kindes erwartet (berücksichtigungsfähig ab dem 4. Schwangerschaftsmonat), eine Bestätigung des Arztes / Mutterpasses ist beigelegt.

Ort, Datum

Unterschrift Antragstellerin / Antragsteller

Einkommenserklärung für den sozialen Wohnungsbau

Für jede haushaltsangehörige Person mit eigenem Einkommen ist eine **gesonderte** Einkommenserklärung notwendig.

Name, Vorname				Geburtsdatum	
Anschrift					
beschäftigt seit	Beruf/Tätigkeit	Befristet beschäftigt	falls ja, bis wann	Steuerklasse	Kinder lt. Steuerkarte
		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein		

1.
Steuerpflichtige **Bruttoeinnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit** (z.B. Lohn, Gehalt, Pension) in den letzten 12 Monaten ohne Sonderzuwendungen und steuerfreie Beträge

1.1

Monat	Jahr	Betrag	EURO	Monat	Jahr	Betrag	EURO
	20				20		
	20				20		
	20				20		
	20				20		
	20				20		
	20				20		

1.2

Sonderzuwendungen:

In den letzten 12 Monaten vor

Antragstellung erhalten:

EURO

demnächst zu erwarten

EURO

Weihnachtsgeld		
Urlaubsgeld		
zusätzliche Monatsgehälter		
Tantiemen / Bonuszahlungen		
Sonstige Geld- / Sachleistungen		
Art:		

1.3

Steuerfreie Bezüge (in den letzten 12 Monaten)

EURO

Kurzarbeitergeld	
Zuschläge für Sonn-, Feiertags- oder Nachtarbeit	
Ablösungen	
Sonstige steuerfreie Bezüge	
Art:	

1.4 Zeiten ohne Lohnfortzahlung (z.B. Krankheit / unbezahlter Urlaub) nein ja

vom	bis	wegen
-----	-----	-------

1.5 Änderung der Einkünfte

Bei den vorstehend aufgeführten Einnahmen haben sich Veränderungen ergeben bzw. werden sich in den nächsten 12 Monaten **mit Sicherheit** Veränderungen ergeben, die zu einer

Erhöhung Verringerung der Einnahmen führen

Betroffen sind / Zeitpunkt

neuer Betrag

EURO

Bescheinigung der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers bzw. Steuerberaterin / Steuerberaters (falls vorstehende Angaben nicht vollständig belegt werden können).

Die Richtigkeit der Angaben zu den Ziffern 1.1 bis 1.5 wird bestätigt.

Ort, Datum

Stempel/Unterschrift Arbeitgeber(in)

2. Renten	monatlich	EURO	jährlich	EURO
wegen <input type="checkbox"/> Alter <input type="checkbox"/> Erwerbsunfähigkeit <input type="checkbox"/> Berufsunfähigkeit				
Witwen- / Waisenrente				
Betriebs- / Werksrente				
Zusatzversorgungsrente				
Sonstige Renten				
Art:				

3. Leistungen von öffentlichen Einrichtungen

3.1 Arbeitslosengeld	wöchentlich	EURO	monatlich	EURO
von: _____ bis: _____				

3.2 Bürgergeld/SGB II-Leistungen	wöchentlich	EURO
monatlich EURO		
von: _____ bis: _____		

3.3 Grundsicherung/Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII)	wöchentlich	EURO	monatlich	EURO
von: _____ bis: _____				

3.4 Krankengeld	wöchentlich	EURO	monatlich	EURO
von: _____ bis: _____				

3.5 Weitere Leistungen aus öffentlichen Kassen	monatlich	EURO
Unterhaltsbeihilfe		
BAföG		
Pflegegeelder		
Sonstige Leistungen		
Art:		

4. Einkünfte aus anderen Einkommensarten	monatlich	EURO	jährlich	EURO
Vermietung und Verpachtung				
Selbständige Arbeit / Gewerbe				
Kapitalvermögen (Zinsen, Dividenden etc.)				
Land- und Forstwirtschaft				
Sonstiges, z.B. Bezug von Unterhaltsleistungen				

5. Ausländische Einkünfte	monatlich	EURO	jährlich	EURO
Einkommensart:				

6. Änderung der Einkünfte

Bei den vorstehend aufgeführten Einkünften zu Ziffer 2. – 5. haben sich Veränderungen ergeben bzw. werden sich in den nächsten 12 Monaten **mit Sicherheit** Veränderungen ergeben, die zu einer
 Erhöhung **Verringerung** meiner Einnahmen führen:

	Ziffer Nr.	neuer Betrag EURO

7. Werbungskosten

- nur Pauschalbetrag
 erhöhte Werbungskosten lt. Nachweis in Höhe von _____ €

8. Kranken- und Rentenversicherung / Steuern

Ich entrichte:

8.1

- Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung
 freiwillige Krankenversicherungsbeiträge in Höhe von _____ € monatlich

Versicherer:

8.2

- Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung
 freiwillige Renten- und Lebensversicherungsbeiträge in Höhe von _____ € monatlich

Versicherer:

8.3

- Einkommen-, Lohn- oder Kapitalertragssteuer
 Ich werde gemeinsam zur Steuer veranlagt mit: _____

8.4

- Keine der vorstehend aufgeführten Beiträge / Steuern

9. Unterhaltszahlungen

Ich zahle an folgende Personen Unterhalt:

Name des Unterhaltsempfängers	Unterhaltsart	Betrag monatlich

Ich versichere, dass die vorstehenden Erklärungen richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass falsche Angaben als Falschbeurkundung oder Betrug verfolgt und bestraft werden können.

Ich bestätige, dass ich die Datenschutzerklärung zur Kenntnis genommen habe und ihr zustimme.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller(in)

Folgende Unterlagen habe ich in Kopie beigefügt:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Gehalts- / Verdienstbescheinigungen | <input type="checkbox"/> Bescheid Jobcenter |
| <input type="checkbox"/> aktuellen Einkommensteuerbescheid | <input type="checkbox"/> Sozialhilfebescheid |
| <input type="checkbox"/> Rentenbescheid | <input type="checkbox"/> Krankengeldbescheid |
| <input type="checkbox"/> Arbeitslosengeldbescheid | <input type="checkbox"/> BAföG-Bescheid |
| <input type="checkbox"/> Nachweis über erhöhte Werbungskosten | <input type="checkbox"/> Nachweis über freiwillige |
| <input type="checkbox"/> Nachweis über freiwillige | Krankenversicherungsbeiträge |
| <input type="checkbox"/> Rentenversicherungsbeiträge | <input type="checkbox"/> aktuelle Einkommensteuererklärung / |
| <input type="checkbox"/> Sonstige Nachweise betr. Unterhaltszahlungen | Vorauszahlungsbescheid |

Hinweise zur Einkommenserklärung

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

bitte nehmen Sie sich ein wenig Zeit für das sorgfältige Ausfüllen der Einkommenserklärung. Sie tragen damit zu einer zügigen Bearbeitung bei und vermeiden unnötige Rückfragen.

Was ist Einkommen?

Maßgebendes Gesamteinkommen ist die Summe der Jahreseinkommen aller haushaltsangehörigen Personen.

Jahreseinkommen ist die Summe der positiven Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommenssteuergesetzes (EstG).

Dazu gehören:

1. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (z.B. steuerpflichtiger Lohn, Gehalt, Pensionen)
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit
3. Einkünfte aus Kapitalvermögen
4. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
5. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
6. sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EstG (z.B. Rente, Versorgungsleistungen, Unterhaltsleistungen)
7. der steuerfreie Betrag von Versorgungsbezügen (§ 19 Abs. 2 EstG)
8. das Arbeitslosengeld (§ 32b Abs. 1 Nr. 1 EstG)
9. die ausländischen Einkünfte (§ 32b Abs. 1 Nrn. 2 und 3 EstG)
10. der vom Arbeitgeber pauschal besteuerte Arbeitslohn (z.B. eine geringfügige Beschäftigung)

Ermittlung des Einkommens

Nachzuweisen sind die Einkünfte des aktuellen Monats und die der letzten 12 Monate. Feststehende Veränderungen in den nächsten 12 Monaten sind zu berücksichtigen. Das gilt sowohl für Verringerungen als auch für Erhöhungen. Werbungskosten werden vom Einkommen abgezogen (z.B. pauschal 1.230,- € bei nichtselbständiger Arbeit). Höhere Werbungskosten sind anhand des letzten Einkommenssteuerbescheides nachzuweisen. Ebenfalls vermindern Beiträge zu Renten- und Krankenversicherung sowie gezahlte Steuern das anrechenbare Einkommen. Frei- und Abzugsbeträge wie z.B. bei Schwerbehinderung, pflegebedürftigen Personen, jungen Ehepaaren ect. werden abgezogen.

Welche rechtlichen Grundlagen gelten für die Einkommensprüfung?

- §§ 13 – 15 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW)
- Verwaltungsvorschriften zur Ermittlung der Einkommensverhältnisse nach §§ 13 – 15 WFNG NRW (Einkommensermittlungserlass)

Zum Schluss noch eine Bitte!

Machen Sie bitte – auch wegen eventueller Abzugsbeträge – vollständige Angaben zu Ihrem Haushalt. Geben Sie alle Einkünfte an und fügen Sie entsprechende Belege bei. Lassen Sie Ihre Einkünfte / Werbungskosten vom Arbeitgeber, Steuerberater, Finanzamt ggf. bestätigen. Ihr Antrag kann erst bearbeitet werden, wenn alle erforderlichen Unterlagen vorliegen.

Informationen gemäß Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit dem Antrag auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins oder einer Zinssenkungsbescheinigung werden bei Ihnen personenbezogenen Daten erhoben. Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Bezeichnung: Bürgermeister der Stadt Meckenheim
Straße: Siebengebirgsring 4
Postleitzahl: 53340
Ort: Meckenheim
Telefon: +49 02225 / 917-0
E-Mail-Adresse: stadt.meckenheim@meckenheim.de
Internet-Adresse: www.meckenheim.de

2. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktadressen des Datenschutzbeauftragten lauten:

Bezeichnung: Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Stadt Meckenheim
Straße: Siebengebirgsring 4
Postleitzahl: 53340
Ort: Meckenheim
E-Mail-Adresse: datenschutzbeauftragter@meckenheim.de

3. Angaben zu der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen:

Straße: Kavalleriestr. 2-4
Postleitzahl: 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/38424-0
Telefax: 0211/38424-10
Email: poststelle@ldi.nrw.de
Internet: www.ldi.nrw.de

4. Zweck/e und Rechtsgrundlage/n der Verarbeitung

a) Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, um Ihnen ein Wohnberechtigungsschein oder eine Zinssenkungsbescheinigung ausstellen zu können.

b) Rechtsgrundlage/n für die Verarbeitung Ihrer Daten ist/sind:

- Art. 6 Abs. 1 lit. c, e Var. 2 DSGVO: Die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt.

- § 25 Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) i.V.m. Nummer 15.1 Wohnraumnutzungsbestimmungen (WNB)
- § 3 Abs. 1 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW)

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 4. bereits dargestellt ist)

Ihre personenbezogenen Daten können im Rahmen der gesetzlichen Befugnisse an folgende Stellen übermittelt werden, soweit sie mit Ihrer Antragstellung in Verbindung stehen:

- städtische Dienststellen (bei Erfassung und Kontrolle des geförderten Wohnraums gem. § 25 WFNG NRW)
- Vermieterinnen und Vermieter (zur Abwicklung von Angeboten und Genehmigungen)
- NRW.BANK (beim Zinssenkungsantrag)
- an die Wohnungsunternehmen (z.B. bei wohnungssuchenden Haushalten)

Hierbei ist auch ein Abgleich mit der Meldebehörde zu Meldeanschriften, Wohnungsstatus und Zeitpunkt von Ummeldungen möglich.

6. Absicht Übermittlung an Drittland oder eine internationale Organisation

Es ist nicht beabsichtigt, Ihre personenbezogenen Daten zu übermitteln.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden und eine Speicherung unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen nicht mehr erforderlich ist.

8. Rechte der Betroffenen

Bei Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:
Im Zusammenhang mit der Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten stehen Ihnen bestimmte Rechte nach Maßgabe der DSGVO und des DSG NRW zu. Sie haben gemäß Artikel 15 DSGVO das Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten. Ein Recht auf Berichtigung steht Ihnen gemäß Artikel 16 DSGVO zu, sofern Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten unrichtig sind. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, können Sie gemäß Artikel 17 DSGVO die Löschung Ihrer Daten oder gemäß Artikel 18 DSGVO die Einschränkung der Datenverarbeitung verlangen. Unter den Voraussetzungen des Artikels 21 DSGVO können Sie Widerspruch gegen die Datenverarbeitung einlegen.

9. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben gem. Artikel 77 DSGVO das Recht, bei einer Aufsichtsbehörde Beschwerde einzulegen. Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 3. dieses Bogens.